



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für  
Wirtschaft und Arbeit



Bundesagentur für Arbeit

Regionaldirektion  
Sachsen-Anhalt-Thüringen



Landkreistag  
Sachsen-Anhalt

## Pressemitteilung

Nr. 39

Quedlinburg, 09.06.2010

# „Armut darf sich nicht vererben!“ - Hartz IV-Familien fördern und fordern

Erste Ergebnisse der Kooperation von Landesregierung, Bundesagentur für Arbeit und Landkreistag vorgestellt

**Vor vier Monaten starteten die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Landesregierung und der Landkreistag Sachsen-Anhalt eine gemeinsame Initiative: Familien mit langzeitarbeitslosen Eltern sollen intensiver gefördert werden. Ein Grund: Besonders die Kinder sollen Arbeitslosigkeit nicht als Normalität kennenlernen. Ziel: Pro Familie soll mindestens ein Elternteil einen Job bekommen. Und das am besten noch in diesem Jahr. Zeit für eine erste Bilanz.**

Dass sie ein heißes Eisen anfassen und sich hohe Ziele setzen würden, war den Initiatoren schon im Februar klar. „Hartz IV-Familien, in denen beide Eltern arbeitslos sind, sehen sich mit besonderen Problemlagen konfrontiert. Sie sind oft auf sich gestellt, ihnen fehlen die sozialen Netzwerke, die einen Neueinstieg ins Berufsleben erleichtern. Viele von ihnen haben sich mangels Perspektiven mit ihrer Hilfebedürftigkeit abgefunden und ihnen ist gar nicht bewusst, dass dies auch Auswirkungen auf die berufliche Zukunft ihrer Kinder hat“, erklärte **Sachsen-Anhalts Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. Reiner Haseloff** die Ausgangslage bei einem Pressegespräch in Quedlinburg.

Seit Februar kümmern sich die 21 Grundsicherungsträger im Lande nun ganz besonders intensiv um die etwa 4.000 betroffenen Familien. In vielen Fällen sind beide Eltern erstmals gemeinsam zu einer ausführlichen Beratung eingeladen worden. „*Oft mussten wir erst ergründen, welche Probleme zur Hilfebedürftigkeit geführt haben, was einem Einstieg ins Berufsleben über so lange Zeit im Weg gestanden hat. Nicht immer konnte sofort entschieden werden, welchem Ehepartner zuerst ein Job- oder Qualifizierungsangebot unterbreitet werden sollte. In diesen Fällen wurden erst einmal intensive Familienberatung, sozialpädagogische Betreuung oder Schuldnerberatung auf den Weg gebracht*“, erklärte

der **Chef der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt Thüringen, Kay Senius**, das Vorgehen der Arbeitsvermittler.

Und der Trend zeigt: Die Initiative könnte ein echter Erfolg werden. Die Zahl der Familien, in denen beide Eltern langzeitarbeitslos sind, verringerte sich seit Februar um 900 von 4.000 auf 3.100 Familien, also um über 20 Prozent. *„Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, uns um diese Menschen zu kümmern. Mit unserer Unterstützung müssen die Eltern aktiv werden, um sich aus dem Teufelskreis der Langzeitarbeitslosigkeit zu befreien. Dafür müssen sie sich der Verantwortung gegenüber ihren Kindern immer wieder neu bewusst werden, dass sich Hilfebedürftigkeit und das damit verbundene Armutsrisiko nicht auf ihre Kinder vererbt“*, führte Kay Senius weiter aus.

**Heinz-Lothar Theel, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Landkreistages Sachsen-Anhalt** ergänzte: *„Arbeit muss auch in diesen Familien wieder zur Normalität werden. Angesichts des anstehenden Fachkräftemangels müssen wir verhindern, dass Kinder aus arbeitslosen Familien später selbst Probleme haben, ins Berufsleben einzusteigen. Wir können es uns nicht leisten, dass zukünftig eine ganze soziale Gruppe nicht auf dem Arbeitsmarkt ankommt. Unsere gemeinsame Initiative hat dabei sehr deutlich gemacht, dass gerade die intensive Betreuung besonders wichtig ist. Dies gilt im Übrigen auch für alle anderen Langzeitarbeitslosen außerhalb dieses Projektes.“*

Und deshalb werden die Initiatoren auch weiterhin ihre Anstrengungen fortsetzen, um das gesetzte Ziel einzuhalten, mindestens ein Elternteil wieder in eine Beschäftigung zu bringen. Neben den normalen Vermittlungsbemühungen sollen für die Betroffenen Schwerpunkte im Bereich Persönlichkeitsentwicklung, verbesserte Kinderbetreuung und Kooperationen mit Sportvereinen und anderen gesellschaftlich relevanten Organisationen gesetzt werden, um sie nachhaltig in das gesellschaftliche Leben zu integrieren.